

Der bayerische Gesandte beim Reichskanzler
In Berlin, 18. August. Der bayerische Gesandte von Preger hat dem Reichskanzler gestern über die Lage in Bayern Bericht erstattet.

Hindenburg kommt nach München

München, 17. August. Hindenburg wird auf der Durchreise ins Gebirge am 21. August in München einreisen. Bei dieser Gelegenheit wollen ihm die nationalen Verbände in München im Rahmen eines besonderen Empfanges begegnen.

Preffestimmen

Berlin, 18. August. Das Berliner Tageblatt schreibt zur bayerischen Frage: Durch die gestrigen Münchener Besprechungen ist die Mitteilung über Dr. Preger's Bericht beim Reichskanzler überholt. Statt am heutigen Freitag, wie versprochen, die bayerische Entscheidung aufzugeben, tritt das Kabinett Verschiebung, den

Wer um sein Vaterland leidet

Dere Poincaré macht die Drohung, die er in seiner Note vom 5. August ausgesprochen hat, buchstäblich wahr. Er feiert die "Reparations" (zu deutsch Qualereien) gegen das deutsche Volk... Die Berliner "Note Poincaré", die in deutscher Sprache schreibt, sich also an Deutsche wendet, hat nicht einmal für die bloße Nachricht von der Verbannung so vieler Volksgenossen Platz in ihren Spalten...

Es ist erfreulich, daß die Zahl derer abnimmt, welche in jedem für internationale Ziele begeisterten einen "vaterlandslosen Gesellen" sehen. Es wird von den christlichen Verehrern internationaler Ideen unumwunden anerkannt, daß das feste Bemühen in einer Volksgemeinschaft und das treue Bekenntnis zu der einen Nation die Voraussetzungen dafür sind, daß beim Kampfe um Menschheitsziele nicht das Wertvollste im Menschlichen untergeht und vernichtet wird.

Aus dem Ausland

Poincaré zur "Reichsbank-Frage"

Paris, 17. August. Die Information hat Poincaré darüber befragt, ob die in London getroffenen Vereinbarungen hinsichtlich der finanziellen Verhältnisse über die deutsche Reichsbank auch in Zukunft bestehen bleiben. Poincaré hat darauf geantwortet: Ich nehme an, daß das Reparationskomitee unsere Arbeiten beenden wird, und daß ein Teil der Diskussionen nicht unnütz gewesen ist.

Die Entscheidungen des Pariser Ministerrates

Paris, 17. August. Die Entscheidungen des gestrigen Pariser Ministerrates werden in ihren Einzelheiten geheim gehalten. Selbst über den Verlauf der Verhandlungen ist keine Mitteilung gemacht. Über die einzelnen Beschlüsse soll nicht eher berichtet werden, als bis die Reparationskommission ihren Spruch gefällt haben wird, was ebensfalls Freitag zu erwarten ist.

Die Entscheidung der Reparationskommission

Über das deutsche Moratorium wird nicht so schnell fallen, wie gedacht worden ist. Deutschland soll Gelegenheit gegeben werden, die Reparationskommission die Gründe für sein Moratorium darzulegen. Obwohl wir diese Maßnahmen als im deutschen Interesse liegen betrachten müssen, dürfen wir uns kaum einen Erfolg davon versprechen, da die Stimme der einzelnen Delegierten ja doch von vornherein schon in eine bestimmte Richtung festliegen. Die Hoffnung, daß die deutschen Ausführungen also einen Erfolg haben werden, sind sehr gering. Und die bestmöglichen Verhandlungen bedeuten nur ein Hin- und-Her-Gehen der Entscheidung auf einige Tage.

Enver Pascha gefallen

Amsterd., 18. August. Aus London wird gemeldet: Enver Pascha hatte am 4. August südwestlich von Bagdad zwischen Kownak und Wajjalat in einem verzweifelten Kampf mit den roten Truppen seinen Tod gefunden. Der türkische Führer war in den letzten Monaten durch die Sowjettruppen aufs schwerste bedrängt und schließlich fast ganz eingeschlossen worden. Sein Erschlagen wich die Wunden von sieben oder acht Schüssen auf.

Die Ernteausichten in Sowjetrußland

Die Moskauer "Worobda" veröffentlicht ein Gespräch mit dem Bergbaukommissar Buzjakow über die diesjährigen Ernteausichten. Nur im Wolgaregion-Gouvernement und im anliegenden Gebiet sei die Ernte des Wintergetreides unter Mittel. Dieser Region habe aber hinsichtlich der Getreideproduktion niemals eine große Rolle gespielt. Fast in allen übrigen Gebieten ist die Ernte gut, teilweise sehr gut, teilweise mittel. Ungünstige Nachrichten über den Stand des Sommergetreides sind überhaupt nicht eingelaufen. Obgleich in den ehemaligen Hungergebieten die Getreide-Ernte selbst im Vergleich zum vorigen Hungerjahr um ungefähr 50 Proz. zurückgegangen ist, wird die gesamte Ernteernte in Sowjetrußland um 35 Prozent die vorjährige Ernte übersteigen. Die Ernteernte des vorigen Jahres betrug nach Buzjakow 1.800.000.000 Pud (1 Pud = 16,36 Kilogramm) während sie in diesem Jahre 2.700.000.000 Pud betragen dürfte. Im Vergleich zur Vorjahresernte, als der Ernteertrag mehr als 4 Milliarden betrug, ist die Ernte zwar gering, doch trägt hieran bereits nicht mehr die Dürre Schuld, sondern der von den imperialistischen Staaten entfachte Weltkrieg und der von diesen Staaten unterstützte Bürgerkrieg in Rußland. Das Wolgaregion, das im vorigen Jahre vollständig unter der Hungertote gelitten hat, wird sich den Worten

Forderungen der Deutschnationalen und der Bayerischen Volkspartei sich fügend, an die Reichsregierung mit neuen Forderungen heran. Statt der Veseitigung des ungelösten Konfliktes eine Verschärfung und das in einem Moment, in dem die außenpolitische Lage mehr als je die innere Geschlossenheit Deutschlands bedroht. Der Vorworts betont, nachdem der großzügige Verständigungserfolg der bayerischen Regierung angenommen, von der realistische Rechenregulierung aber zurückgelassen worden ist, kann der Standpunkt der Reichsregierung nur ein ungewöhnliches "bis hierher und nicht weiter" sein. Keine vorläufige Inkompetenz, aber unbedingte Festigkeit, das ist, was wir jetzt fordern, der Reichsregierung fordern. Der erste Schritt zur Lösung des Konfliktes kann nur darin bestehen, daß die Reichsregierung die Aufhebung der gegenwärtigen Verordnung durchführt und im Notfall von ihren eigenen Aufhebungsbefugnissen Gebrauch macht. Das ist ihr verfassungsmäßiges Recht. Wer sich dagegen auflehnt, verliert den Rechtsboden und muß die Konsequenzen tragen.

Bejuchanow zufolge in diesem Jahr im allgemeinen sehr ernüchtert. Bejuchanow sieht sogar voraus, daß die diesjährige Ernte der Getreideernte die Möglichkeit geben werde, 100-200 Millionen Rubel Getreide auszuführen. Auffällig ist, daß Bejuchanow mit keinem Wort der fürchterlichen Hungertode Erwähnung tut, die in diesem Jahre nach den übereinstimmenden Berichten der bolschewistischen Presse in der Ukraine, der Arme und im Bergangebiet herrscht.

Deutsches Reich

Die Untersuchung gegen die Scheidemann-Attentäter

Kassel, 18. August. In der Untersuchung gegen die Scheidemann-Attentäter teilt die Oberstaatsanwaltschaft mit: Duxter und Celschläger haben vor dem Untersuchungsrichter ihr Geständnis in allen Stadien aufrechterhalten. Celschläger erklärte, er habe, als Oberbürgermeister Scheidemann schloß die Röhre auf Scheidemann geschickt, indem er etwa 15 Schritte hinter Scheidemann stand. Am Schießen sei er durch den Schuß eines Mannes verhindert worden, der ihm und Duxter bewußt oder unbewußt schon während des ganzen Weges hinderlich gewesen sei. Als er diesen Mann von sich geschleudert hätte, habe er, Celschläger, den Oberbürgermeister hinausrennen lassen und für tot gehalten. Selbstmordweise hat sich eine Person, die in der von Celschläger geschickten Weise tätig gewesen war, bisher nicht gemeldet. Duxter hat noch am Tage seiner Zuhilfenahme dem Oberstaatsanwalt die Stelle gezeigt, an der er das die Wirtshaus enthaltende braune Blechblech, bestehend aus Dose und Deckel von der Art der Gasgasenabstufung, weggeworfen hat. Die Nachforschungen im Walde waren bisher ergebnislos.

Nachdem die Tat als solche nun vollständig aufgeklärt worden ist, handelt es sich noch darum, die Herkunft des Giftes und die Teilnahme oder Mitwisserschaft dritter Personen aufzuklären. Das Ergebnis dieser Ermittlungen hat indessen an der Tat des Duxter und Celschläger, die sich als gemeinschaftlich verübten Mordversuch darstellt, nichts geändert. Deshalb besteht die Möglichkeit, daß die Untersuchung gegen diese beiden Angeklagten in Kürze abgeschlossen und Anklage gegen diese erhoben wird. Zur Aburteilung ist der Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik in Leipzig zuständig.

Höhere Preise für Schlafwagenkarten

Eine wichtige Neuordnung wird, wie die Reichszentrale für deutsche Verkehrsverwaltung mitteilt, im Vorverkauf der Postkarten für Schlafwagen vom 1. September ab durchgeführt; bisher bezug der Vorverkauf von Postkarten sieben Tage vor Abgang des Zuges; diese Verkaufsfrist ist jetzt auf 14 Tage verlängert worden. Gleichzeitig werden die Preise der Postkarten erhöht; sie betragen vom 1. September ab auf dem Gebiet der deutschen Reichsbahn (also in den staatlichen Schlafwagen wie auch in denen der Mitropa) in der 1. Klasse 500 M., in der 2. Klasse 250 M. und für die Eisenwagen der 3. Klasse 150 M.; dazu tritt eine Vorkaufgebühr für die im Vorverkauf bezogenen Karten von 50 M. in der ersten, 25 M. in der zweiten und von 15 M. in der dritten Klasse.

Die Anzeigepflicht

Das Gesetz zum Schutze der Republik verpflichtet jeden, der von der Existenz einer Mordorganisation oder einem Mordplan Kenntnis erlangt, zur Anzeige. Eine Ausnahme ist nur für Seesportler, für Eltern, Kinder, Gatten und Geschwister gemacht. Nicht fordert, wie die Deutschnationale Korrespondenz mitteilt, der Reichsbund deutschnationaler Anwälte und Notare für die Verteidiger eine Ausnahme, verlangt die sofortige Aufhebung dieser, die Ehre des Anwaltsstandes verletzenden Bestimmung, die ihn zwingt, das Vertrauen seiner Volksgenossen zu täuschen und richtet an alle Parteien des Reichstages die dringende Forderung, diesen unerhörten Mißgriff der Gesetzgebung schleunigst aufzuheben.

Der Wirtschaftsausschuss des Reichswirtschaftsrates zusammengetreten

Berlin, 17. August. Heute vormittag ist der Wirtschaftsausschuss des Reichswirtschaftsrates zusammengetreten, um sich mit den Fragen der gegenwärtigen Wirtschaftslage zu beschäftigen. Auf der Tagesordnung steht die Anpassung der Ausfuhrabgaben an den veränderten Weltmarkt.

Die Gewerkschaftsführer beim Reichswirtschaftsminister

Berlin, 17. August. Die Vertreter der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen sind gestern beim Reichswirtschaftsminister erschienen, um auf die große Verunsicherung hinzuweisen, die durch den Streik der Post und der damit verursachten Lähmung entstanden ist. Wieder wurden Maßnahmen gegen die Schlemmereien gewisser Kreise und gegen die Devisenentwertung verlangt, weiter das Verbot der Einfuhr von Luxusartikeln gefordert. Die Gewerkschaftsführer betonten, daß sie als Helfer der Regierung im Kampfe gegen die drohende wirtschaftliche Katastrophe sprechen. Wie der Sozialdemokratische Parlamentsdienst mitteilt, erbat sich die Unterrichtsministerin mit den Darlegungen des Reichswirtschaftsministers Schmidt. Die Beratungen sollen fortgesetzt werden.

Sozialhygienische Studienreisen von Jugendlichen.

Im Einvernehmen mit dem Reichsrot Kreuz im Jahre 1921 die Mitglieder dieser Verbände zur Beteiligung an einem Weisensstudienauf. Als Aufgabe war gestellt die schriftliche Behandlung der Frage, welche Einrichtungen zur Gesundheitsverbesserung und -förderung der schulentlassenen Jugend in den einzelnen Heimatsbezirken bestehen und wie sie am besten auszubauen wären. Diermit sollte Interesse und Verständnis der Jugendlichen für ihre eigene Mitarbeit an zweckmäßigen sanitären Maßnahmen geweckt werden. Die Verfasser der besten Arbeiten wurden nun vom Deutschen Roten Kreuz zu Studienreisen durch Deutschland eingeladen. Es wurden dabei dreizehn Vertreter in drei Gruppen geteilt, deren jede unter fachverständiger Führung eine Reihe von Städten besahen und dort die sozialhygienischen Einrichtungen besichtigten. Die erste Gruppe, die die Reise am 20. August antritt, wird Stuttgart, Weimar, Weimar und Dresden besuchen; die zweite Frankfurt am Main, München, Ulm und den Bodensee. Außerdem wurden den Verfassern der nächstbesten 28 Arbeiten Trostpreise in Form von Büchern übergeben, die der Leipziger Insel-Verlag dem Deutschen Roten Kreuz zu diesem Zwecke zur Verfügung gestellt hat.

Die Erhöhung der Beamtenbezüge

Berlin, 18. August. Im Reichswirtschaftsministerium fanden gestern Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen über die Erhöhung der Beamtenbezüge statt.

Gefährdung der Leipziger Messe durch den Kellnerstreik

Leipzig, 18. August. Der Kellnerstreik geht weiter. Arbeitnehmer sowohl wie Arbeitgeber haben den Vorstoß des Reichsheimatministeriums zur Beendigung des Streiks abgelehnt. Da mit einem neuen Versuch mittlungsversuch der Behörden kaum zu rechnen sein dürfte, ergibt sich für die unmittelbar bevorstehende Herbstmesse eine, äußerlich bedenkliche Lage. Der Arbeitgeberverband für das Gastwirts-gewerbe Leipzig Stadt und Land hat einstimmig beschlossene sämtliche Hotels und Gastwirtsbetriebe während der Messe geschlossen zu halten, da sich herausgestellt hat, daß seitens der Behörden nicht für ausreichenden Schutz von Eigentum und Leben der Inhaber der Wirtschaftsbetriebe, des arbeitswilligen Personals und der Gäste gesorgt ist, und weil aus angesprochenen Drohungen zu entnehmen ist, daß die Terrorakte zur Messe sich verschärfen werden. Die Arbeitgeber des Gastwirts-gewerbes erklären, daß sie sich der schmerzlichen Verantwortung ihres Schrittes wohlbewußt seien; sie können es aber ebenso wenig verantworten, Leben und Eigentum Tausender fleischgewaltiger Staatsbürger in Gefahr zu bringen. In einer Entschließung erklären sie sich in letzter Minute bereit, die Betriebe zur Messe mit den zur Verfügung stehenden Kräften aufrecht zu erhalten, wenn die Behörden die bestimmte und sichtbare Gewähr für ausreichenden Schutz übernehmen. Eine Aussicht darauf, daß der Streik noch in letzter Stunde abgebrochen wird, besteht jedenfalls nicht.

Das Gefrierfleisch

Die Obermeister des Bezirksvereins Rheinland-Westfalen im Deutschen Fleischerverband beschließen sich eingehend mit der Frage des Gefrierfleisches. Der Vorsitzende, Obermeister Wulfschlag (Essen) führte hierzu aus, die hohen Inlandspreise für Fleisch und die Knappheit an diesem Fleisch verurteile die Einfuhr großer Mengen Gefrierfleisch aus Südamerika. Es gelte, die Abneigung der Bevölkerung gegen Gefrierfleisch zu überwinden. Schlechte Ware, die während der Kriegszeit und kurz nach dem Kriege auf den deutschen Markt kam, habe viele Leute mißtraulich gegen den Genuß von Gefrierfleisch gemacht. Das Gefrierfleisch, das jetzt eingeführt werde, sei von nur guter Qualität und die Metzger müßten sorgsam darauf achten, daß es durch sachgemäße Behandlung der Bevölkerung in bester Weise angeboten werde. Auch müssen die Verbraucher über die besondere Art, wie das Gefrierfleisch genussfähig gemacht wird, unterrichtet werden. Ein von der Fleischfuhrergesellschaft in Münster betrautes Komitee von Sachverständigen aus Gefrierfleisch habe gezeigt, daß bei richtiger Zubereitung gutes Gefrierfleisch kaum von Fleischfleisch zu unterscheiden sei. Ferner sei in Münster ein Film gezeigt worden, der die Entstehung des Gefrierfleisches in Argentinien, den Versand bis zur Verladung an den Metzger darstellte. Im Interesse der Aufklärung sei die Veröffentlichung des Filmes in den größten Städten zu begünstigen. Regierungsrat Oster bemerkte, bei der jetzigen guten Qualität des Gefrierfleisches sei ein Argwohn nicht mehr berechtigt. Von der Regierung aus werde man das Publikum aufklären, durch Filmvorführungen zeigen, aus welcher Qualität das Fleisch Gefrierfleisch hergestellt wird usw. Es müsse aber dafür gesorgt werden, daß Gefrierfleisch immer billiger ist als Fleischfleisch, obwohl es bei der heutigen Saluta sehr schwierig sein werde.

Erreichte Entwicklung des Fernsprechnetzes

Der Fernsprechnetz, der bekanntlich vor einer Reihe von Monaten verstaatlicht wurde, befindet sich in rasch aufsteigender Entwicklung und hat sich seit Februar um mehr als das Doppelte gesteigert. Die Einführung dieses Dienstes hat hierdurch ein wirtschaftliches Bedürfnis abgedeckt. Die bisher vereinigte Fernsprechnetz, das die Verhältnisse von 50 M. für das Wort diesen Verkehr zurückhalten würde, hat sich nicht erfüllt. Die durchschnittliche Anzahl eines solchen Fernsprechnetzes - gerechnet von der Aufgabe bis zur Uebermittlung an den Empfänger, die durch Fernsprecher erfolgt - hat in den letzten Monaten 12-15 Minuten betragen; in vielen Fällen war sie geringer. Das vorliegende Ergebnis ist um so bemerkenswerter, als bis Ende vorigen Monats nur 8 Großstädte an dem Fernsprechnetz angeschlossen waren. Seit Anfang August ist der Fernsprechnetz auf allen Provinzen des Deutschen Reiches ausgedehnt. Wenn sich der Verkehr so weiter entwickelt, ist damit zu rechnen, daß seine endgültige Einführung des Fernsprechnetzes eine neue Quelle für nicht unbeträchtliche Einnahmen erschließen wird.

Sichel und Sense

Ein jedes Handwerksgesetz ist im Grunde nichts anderes als eine Vergrößerung von Hand und Arm oder eine Umwidmung beider, um sie zur Arbeit geeigneter zu machen. Das wird uns klar, wenn wir Hammer und Äxt daraufhin betrachten. Die Hand ist zu weich, um harte Gegenstände zu zertrümmern. Deshalb nahm man ursprünglich, die Kinder tun es heute auch noch, einen Stein in die Faust, der die Hand des Schlägers wadig, je feiler. Bald fand man, daß die Wucht des Schläges wadig, je länger der Arm und je schwerer der Stein war. In die Arme aber nicht nach Belieben verlängert werden können, so fand man den Stein an einen Stiel, und der Hammer war fertig. Die Erfahrung, daß ein teilweiser Stein besser spaltet als ein knolliger, führte zu den Anfängen des Beils und der Äxt.

Das wollte ich voraussagen, ehe ich die Entwicklung von Sense und Sichel betrachtete. Der Betrieb des Ackerbaues begann bei uns in der jüngeren Steinzeit die ihren Namen daher hat, daß man mangels Metalls harte Steine als Werkzeug benutzte. Aus Feuerstein waren auch die ersten Sichel gefertigt. In ihrer Grundform gehen sie auf die Sense zurück, ursprünglich ein scharfes Steinstück, das sich zum Schneiden eignete. Die Sichelmesser waren leicht gebogen und zur bequemeren Handhabung mit einem Stiel versehen. Diese Form behielten sie auch bei, als man sie später aus Bronze herstellte. Nach und nach wurde man wohl die Erfahrung gemacht, daß die stärkere Krümmung die Arbeit erleichterte, und so kam man, namentlich seit Verwendung des Eisens, zu der jetzt allgemein üblichen Form.

Diese reicht zurück bis ins Altertum. Die Römer haben die ersten Sichel fabrikmäßig hergestellt und in den Handel gebracht. Von ihnen stammt auch der Name Sichel, hergeleitet von scilla, so viel wie Schneidwerkzeug (von jetzt, scheidend). Nach Abbildungen und Funden aus älterer Zeit muß man annehmen, daß die Schneide ursprünglich nicht scharf, sondern abgerundet war wie eine Säge. So wird die Sichel noch im 18. Jahrhundert abgebildet. Sie diente zunächst zum Grasschneiden, später auch bei der Getreidernte zum Schneiden der Dämme, die mit der Axt zusammengekräft wurden. Das war aber eine langwierige Arbeit. Man kam dann im späteren Mittelalter darauf, die Sichel zu vergrößern, und so entstand die Sense. Die Grundform davon finden wir aber, aus dem Schwert hergeleitet, auch schon im Altertum. Zum Entlen aber wurde sie nicht verwendet.

Sense und Sichel waren nicht nur Werkzeuge friedlicher Arbeit. Im Kriegswesen angebracht, machten sie die Reinde nieder, und an Stangen befestigt dienten sie als Spieße (Sensenmänner). Eine weitere Vollendung von Sichel und Sense war schließlich nicht mehr möglich, und aus diesem Grunde brachte die Zeit der Maschinen die äußerst feinsinnig konstruierte Mähmaschine, die letzten Endes wieder auf die Form des Reiffers zurückgeht. Für den Kleinbetrieb aber werden Sichel und Sense ihre Brauchbarkeit auch ferner bewahren, und ihr Platz beim Mähen und Entlen wird weiter zur Pforte des Landlebens gehören wie in ältester Zeit.

Robert Hillmann, Gießen.